

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angela Rudzka, Martin Reichardt, Sebastian Maack, Gereon Bollmann, Dr. Götz Frömming, Birgit Bessin, Kerstin Przygodda, Angela Rudzka, Christian Zaum, Dr. Anna Rathert, Nicole Höchst, Beatrix von Storch, Tobias Ebenberger, Jan Feser, Martina Kempf, Otto Strauß, Claudia Weiss, Lukas Rehm, Johann Martel und der Fraktion der AfD

Folgerungen der Bundesregierung aus steigenden psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist seit Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen und politischer Debatten.

Die seit dem Jahr 2020 durchgeführte COPSYS-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf zeigt eine deutliche Zunahme psychischer Belastungen und psychosomatischer Beschwerden bei Kindern und Jugendlichen (www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html).

Auch das Deutsche Schulbarometer 2025/2026 zeigt erhebliche Belastungen. Danach weisen 25 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychische Auffälligkeiten auf (s. u., S. 18). Rund 30 Prozent der 11- bis 17-Jährigen berichten von regelmäßigen Mobbing-Erfahrungen (s. u., S. 71 bis 74). 61 Prozent der Befragten geben an, dass an ihrer Schule viel verlangt wird, und 47 Prozent berichten, auch am Wochenende lernen zu müssen (s. u., S. 32 bis 34). Darüber hinaus berichten viele Kinder und Jugendliche von Sorgen hinsichtlich Kriegen, internationaler Krisen und ihrer persönlichen Zukunft (S. 43 bis 45, www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2026-03/Deutsches%20Schulbarometer%20Schüler%202025_26_.pdf). Besonders betroffen sind nach den Ergebnissen des Schulbarometers Kinder und Jugendliche aus Familien mit sozialen oder wirtschaftlichen Problemen. Diese berichten überdurchschnittlich häufig von psychischen Belastungen, geringem schulischem Wohlbefinden und einer geringeren Lebenszufriedenheit (<https://bosch-stiftung.de/presse/deutsches-schulbarometer-psychische-belastung-bei-kindern-und-jugendlichen-steigt-erst-mals>, www.bkj.de/meldung/deutsches-schulbarometer-2025-26-zeigt-psychische-belastungen-bei-schuelerinnen-nehmen-wieder-zu/, <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/deutsches-schulbarometer-schuelerbefragung-2026-die-wichtigsten-ergebnisse/>).

Auch die Studie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF zum Kindeswohl 2026 verweist auf erhebliche Defizite beim Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen und ordnet Deutschland lediglich auf Platz 25 von 37 untersuchten Industriestaaten ein (www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/unicef-studie-kindeswohl-2026/397376).

Zwar wurden durch Bund, Länder und Kommunen zahlreiche Programme zur Förderung psychischer Gesundheit, zur Gewaltprävention, zur Demokratieförderung, zur Förderung von Medienkompetenz sowie zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen finanziert, gleichwohl werden weiterhin hohe beziehungsweise steigende Belastungswerte festgestellt. Die Fragesteller sehen daher Aufklärungsbedarf hinsichtlich der politischen Schlussfolgerungen der Bundesregierung, der ergriffenen Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes, der hierfür eingesetzten Haushaltsmittel sowie der tatsächlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls aus den bisherigen Ergebnissen der COPSY-Studie gezogen?
2. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls aus den Ergebnissen des Deutschen Schulbarometers 2025/2026 gezogen?
3. Welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls aus den Ergebnissen der UNICEF-Studie zum Kindeswohl 2026 gezogen?
4. Welche Belastungsfaktoren bewertet die Bundesregierung derzeit gegebenenfalls als die wichtigsten Ursachen psychischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen?
5. Welche Belastungsfaktoren hat die Bundesregierung gegebenenfalls derzeit als die dringendsten politischen Handlungsfelder identifiziert?
6. Welche konkreten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden aufgrund der Erkenntnisse der COPSY-Studie gegebenenfalls eingeleitet, erweitert oder verändert?
7. Welche konkreten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden aufgrund der Erkenntnisse zu Mobbing und Cybermobbing gegebenenfalls eingeleitet, erweitert oder verändert?
8. Welche konkreten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden aufgrund der Erkenntnisse zu psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen gegebenenfalls eingeleitet, erweitert oder verändert?
9. Welche konkreten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden aufgrund der Erkenntnisse zu Leistungsdruck bei Kindern und Jugendlichen gegebenenfalls eingeleitet, erweitert oder verändert?
10. Welche konkreten Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Bundes wurden aufgrund der Erkenntnisse zu Zukunftsängsten und Krisensorgen von Kindern und Jugendlichen gegebenenfalls eingeleitet, erweitert oder verändert?
11. Welche möglichen Programme des Bundes, die sich unmittelbar an Kinder und Jugendliche richten, befassen sich derzeit mit der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (bitte gegebenenfalls nach Programmen, deren Laufzeit und Fördervolumen aufschlüsseln)?
12. Welche möglichen Programme des Bundes, die sich unmittelbar an Kinder und Jugendliche richten, befassen sich derzeit mit Gewaltprävention, Mobbing- und Cybermobbingprävention (bitte gegebenenfalls nach Programmen, deren Laufzeit und Fördervolumen aufschlüsseln)?

13. Welche möglichen Programme des Bundes, die sich unmittelbar an Kinder und Jugendliche richten, befassen sich derzeit mit Demokratieförderung, Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen (bitte gegebenenfalls nach Programmen, deren Laufzeit und Förder volumen aufschlüsseln)?
14. Welche Studien zur psychischen Gesundheit, zum Wohlbefinden und zu Belastungsfaktoren von Kindern und Jugendlichen wurden seit dem 1. Januar 2020 gegebenenfalls mit Bundesmitteln finanziert oder gefördert (bitte gegebenenfalls jeweils nach Studie, Auftragnehmer, Laufzeit und Kosten aufschlüsseln)?
15. Welche Gesamtausgaben aus Bundesmitteln sind seit dem 1. Januar 2020 gegebenenfalls für Studien und Forschungsprojekte zur psychischen Gesundheit und zu Belastungsfaktoren von Kindern und Jugendlichen entstanden?
16. Welche Gesamtausgaben aus Bundesmitteln sind seit dem 1. Januar 2020 gegebenenfalls für Maßnahmen und Programme zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen entstanden?
17. Welche Gesamtausgaben aus Bundesmitteln sind seit dem 1. Januar 2020 gegebenenfalls für Maßnahmen gegen Mobbing und Cybermobbing entstanden?
18. Welche Gesamtausgaben aus Bundesmitteln sind seit dem 1. Januar 2020 gegebenenfalls für Programme der Demokratieförderung, Partizipation und gesellschaftlichen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen entstanden?
19. Welche der möglichen vorgenannten Programme und Maßnahmen wurden evaluiert, und welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls hieraus gezogen?
20. Welche Zielgrößen wurden für die jeweiligen möglichen Programme und Maßnahmen (vgl. Vorfragen) festgelegt?
21. Welche dieser in Frage 20 erfragten möglichen Zielgrößen wurden erreicht, welche nicht und aus welchen Gründen?
22. Bei welchen möglichen Programmen und Maßnahmen konnte eine nachweisbare Verringerung psychischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen festgestellt werden?
23. Bei welchen möglichen Programmen und Maßnahmen konnte eine nachweisbare Verringerung von Mobbing oder Cybermobbing festgestellt werden?
24. Welche möglichen Programme oder Maßnahmen wurden aufgrund unzureichender Wirksamkeit verändert, reduziert oder eingestellt?
25. Welche möglichen Programme oder Maßnahmen wurden trotz fehlender oder nicht nachgewiesener Wirksamkeit fortgeführt und aus welchen Gründen?
26. Bei welchen der vorgenannten möglichen Programme und Maßnahmen liegen der Bundesregierung bislang keine belastbaren Erkenntnisse über deren tatsächliche Wirksamkeit vor?
27. Für welche der vorgenannten möglichen Programme und Maßnahmen liegen der Bundesregierung bislang keine wissenschaftlichen Wirksamkeitsnachweise hinsichtlich einer Verringerung psychischer Belastungen, von Mobbing oder Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen vor?

28. Hat sich die Bundesregierung eine Auffassung dazu gebildet, dass die in den genannten Studien dokumentierten Belastungen von Kindern und Jugendlichen trotz umfangreicher Förderprogramme, Maßnahmen und seit Jahren vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterhin auf hohem Niveau verbleiben oder teilweise zunehmen, und wenn ja, wie lautet diese?
29. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem in Frage 28 benannten Umstand?
30. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Bundesregierung in der laufenden Wahlperiode gegebenenfalls zur Verringerung psychischer Belastungen von Kindern und Jugendlichen?
31. Welche zusätzlichen Haushaltsmittel sind hierfür möglicherweise vorgesehen (vgl. Frage 30)?
32. Bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung gegebenenfalls messbare Verbesserungen bei den in den genannten Studien festgestellten Belastungsfaktoren?
33. Woran wird die Bundesregierung den Erfolg ihrer möglichen Maßnahmen (vgl. Frage 32) konkret messen?
34. Welche konkreten Maßnahmenpakete plant die Bundesregierung gegebenenfalls für die von ihr selbst als besonders dringlich eingestuften Belastungsfaktoren von Kindern und Jugendlichen?
35. Welche konkreten Zielwerte sollen durch diese möglicherweise geplanten Maßnahmenpakete erreicht werden (vgl. Frage 34)?
36. In welchem Zeitraum erwartet die Bundesregierung das Erreichen dieser möglichen Zielwerte (vgl. Frage 35)?

Berlin, den 27. Juli 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion